

DEMOKRATIE WERKSTATT



Lehlingsparlament

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten! Sonderausgabe

Freitag, 11. November 2016

DISKUTIEREN GEGEN



HATE SPEECH



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

DAS LEHRLINGSPARLAMENT

Gestern und heute kamen Lehrlinge aus ganz Österreich zum Lehrlingsparlament. Die Lehrlinge kommen aus sieben Bundesländern und 16 verschiedenen Betrieben. Gestern, am 10.11., wurden die Lehrlinge zuerst im Historischen Sitzungssaal von Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsident Mario Linder begrüßt. Anschließend wurden fünf so genannte Klubs gebildet. Da-

rauf folgte eine Führung durch das Parlament. Diese Klubs bearbeiten nun alle das gleiche Thema und dieses lautet „Hate Speech“. Bei den Interviews mit den PressesprecherInnen von Klub Grau und Klub Türkis haben uns diese erzählt, dass sie noch nichts Genaueres über die Positionen ihrer Klubs sagen können, da diese gerade erst diskutiert werden.

Cedric



BEGRÜSSUNG IM NATIONALRATSSITZUNGSSAAL

Am zweiten Tag wurden die Lehrlinge im Sitzungssaal des Nationalrates vom Präsidenten des Österreichischen Bundesrates herzlich begrüßt. Anschließend erfuhr man, welche/r Abgeordnete zu welchem Klub gehört, um den Klub bei den Diskussionen zu unterstützen. Dies geschah durch eine Auslosung mit der traditionellen Urne, die die Bänder in den entsprechenden Klubfarben enthielt. Die Stimmung bei der Auslosung war im Großen und Ganzen spannend und zugleich locker. Das Ge-

fühl in diesem Saal zu sitzen und am Tagesgeschehen mitwirken zu können, fanden alle sehr gut und aufregend. Nach diesem erfolgreichen Start freut sich das ganze Team der Lehrlinge, BetreuerInnen und ParlamentarierInnen auf den Tag und die TeilnehmerInnen werden ihr Bestes versuchen, um gute Ideen zu sammeln und mit einem gutem Abschluss den Sitzungstag zu beenden.

Dominik



Begrüßung im Historischen Sitzungssaal



Gruppenfoto mit Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsident Mario Lindner

ERÖFFNUNG DURCH DEN BUNDESRATSPRÄSIDENTEN



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Auftakt des Lehrlingsparlaments

Lindner: Hass im Netz muss bald der Vergangenheit angehören

Bundesratspräsident gibt Startschuss für den Sitzungstag des Lehrlingsparlaments zum Thema „Hate Speech“

Wien (PK) – Den Startschuss für den Sitzungstag des Lehrlingsparlaments gab heute Bundesratspräsident Mario Lindner im Nationalratssitzungssaal des Hohen Hauses. Lindner zeigte sich erfreut, die Lehrlinge im Parlament begrüßen zu dürfen, denn für die Politik sei es wichtig, Ideen von jungen Menschen zu erhalten. „Ich zähle auf euch“, motivierte er die Nachwuchs-Abgeordneten. Der Bundesratspräsident unterstrich außerdem die Bedeutung des Themas Hate-Speech, dem sich das Lehrlingsparlament heute annehmen wird. „Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Hass im Netz bald der Vergangenheit angehört“, so Lindner. Er äußerte den Wunsch nach mehr digitaler Zivilcourage auf Facebook und Twitter.

Rund 100 Lehrlinge, die in ganz Österreich in Werkstätten, Baustellen, Supermärkten, Büros oder Drogerien die unterschiedlichsten Berufe erlernen, schlüpfen heute in die Rolle von Abgeordneten, um in Fraktions- und Ausschusssitzungen über eine Anpassung des Strafgesetzbuches im Fall von Hassrede zu verhandeln. Unterstützt werden die TeilnehmerInnen dabei von den „echten“ ParlamentarierInnen Katharina Kucharowits, Brigitte Jank, Julian Schmid und Gerald Loacker und Daniela Gruber-Pruner. Bundesratspräsident Mario Lindner wird die Jung-MandatarInnen außerdem den ganzen Tag über begleiten.

Bereits gestern haben sich die TeilnehmerInnen in fünf verschiedenen Klubs – Türkis („Sicherheit“), Weiß („Bildung“), Violett („Vielfalt“), Gelb („Verantwortung“), Grau („Respekt“) – zusammengefunden und mit ThemenexpertInnen vom Mauthausen Komitee sowie der Staatsanwaltschaft Wien inhaltlich beraten. Die Plenardebatte über das novellierte Hate Speech-Gesetz ist heute für 15.00 Uhr im Nationalratssitzungssaal anberaumt. Ob sich die Lehrlings-Abgeordneten dabei auf einen Gesetzesbeschluss einigen, bleibt abzuwarten. (Schluss)



EINDRÜCKE VON DER KLUBARBEIT



Fortsetzung

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Hersteller: Parlamentsdirektion
Grundlegende Blattrichtung: Erziehung zum Demokratiebewusstsein.
Lehrlingsparlament
Copyright für Seite 2/3: Parlamentsdirektion/ Johannes Zinner
Für alle anderen: Parlamentsdirektion/ Demokratiewerkstatt



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Lehrlinge der Unternehmen:
 ANDRITZ AG
 Arbeiterkammer Steiermark
 Georg Fischer Altenmarkt
 KAPSCH-Group Beteiligungs GmbH
 KELAG – Kärntner Elektrizitäts-AG
 kika Möbelhandels Ges.m.b.H. / Rudolf Leiner Gesellschaft m.b.H.
 Media – Saturn Beteiligungsges. m.b.H.

ÖBB
 Österreichische Post AG
 Parlamentsdirektion
 Pensionsversicherungsanstalt
 Porsche Inter Auto GmbH & Co KG
 RWA Raiffeisen Ware Austria AG
 TDK Epcos
 Universität Wien
 Wiener Volkshochschulen GmbH

AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Lehrlingsparlaments

Hate Speech-Gesetz: Weitere Anpassung der Strafbestimmungen in Diskussion

Lehrlingsparlament-Ausschuss verhandelt über Verschärfung des Verhetzungsparagrafen

Wien (PK) – Die Regierung ist über den Anstieg von Beschimpfung und Hetze gegen andere Menschen im Internet als auch in öffentlichen Räumen, Betrieben und Schulen besorgt. Aus diesem Grund schlägt sie eine weitere Anpassung der Strafbestimmungen vor. Konkret soll der Verhetzungsparagraf im Strafgesetzbuch novelliert und die seit 1. Jänner 2016 gültigen Bestimmungen im Hate-Speech-Gesetz erweitert werden. Verhetzung sei keine Meinung, sondern ein Akt der Gewalt, begründet die Regierung ihren Vorschlag.

Im Detail sieht der Gesetzesentwurf vor, dass Hassrede auch im kleinen Kreis strafbar sein soll. Derzeit muss eine Tat nämlich öffentlich, das heißt vor mindestens 10 Personen begangen werden, damit sie bestraft werden kann. Daher soll es in Zukunft ausreichen, dass jemand gegenüber nur einer oder weniger Personen zu Gewalt oder Hass aufruft. Bei einem Aufruf zur Gewalt gegen Menschen etwa aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Staatsangehörigkeit, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung oder aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung sollen bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe drohen. Außerdem soll nicht nur der Aufruf zur Gewalt, sondern auch eine Beschimpfung oder die öffentliche, negative Darstellung von Menschen unter den Strafbestand der Verhetzung fallen. Verschärft sollen die Strafen außerdem im Fall von Hasspostings im Internet werden. Der Gesetzesentwurf sieht bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe vor, wenn Verhetzung online erfolgt und weiterverbreitet wird. Damit könnte auch jemand, der ein Posting über Soziale Netzwerke teilt, bestraft werden.

In der ersten Ausschusssitzung des Lehrlingsparlaments stieß der Regierungsvorschlag auf grundsätzliches Verständnis, in mehreren Bereichen sehen die Abgeordneten aber Änderungsbedarf im Gesetzesentwurf. Einig waren sich sämtliche Fraktionen darin, den Begriff der Weltanschauung aus der Vorlage zu streichen. Dafür will etwa der Klub Türkis Strafen implementieren, wenn es um die Aufforderung zu Gewalt gegen Menschen aufgrund ihres Aussehens oder wegen ihrer finanziellen Lage geht.

Für Klub Gelb und Weiß ist der Begriff der Weltanschauung ebenfalls zu weit gefasst. Sie schlagen eine Unterteilung in politische, persönliche und religiöse Einstellungen von Menschen oder Personengruppen vor. Gegen eine Aufzählung im Gesetz von jenen Menschen und Gruppen, deren Schutz gewährleistet werden soll, richtet sich der Klub Grau und spricht sich für eine allgemeine Formulierung aus.

Ein höheres Strafausmaß fordern die Klubs Violett und Grau, wenn es um „Personen des öffentlichen Lebens“ geht. Hier sollte ein Unterschied zu privaten Personen erfolgen, die weniger Menschen mit Hassrede erreichen können, so die Abgeordneten im Ausschuss.

Neben Freiheitsstrafen sprachen sich zudem alle Klubs für die Möglichkeit einer Ableistung von Sozialstunden und eine Verhängung von Geldstrafen als Konsequenz einer Verurteilung aus. (Schluss)



DIE ERSTE AUSSCHUSSSITZUNG

Die fünf verschiedenen Klubs haben sich um 10:30 Uhr im Ausschusssitzungssaal getroffen und ihre Meinungen ausgetauscht. Dabei wurde auch mit JuristInnen über den Gesetzesvorschlag diskutiert. Der Klub Türkis ist zu dem Entschluss gekommen, dass der Begriff „Weltanschauung“ im Gesetzestext weggelassen oder besser definiert werden sollte. Außerdem ist er der Meinung, dass eine Freiheitsstrafe alleine nicht ausreicht und sowohl Geldstrafen als auch Sozialstunden mit einfließen sollten. Klub Grau ist der Meinung, dass eine Aufzählung der Menschengruppen nicht vorteilhaft ist, weil gewisse Gruppen vielleicht vergessen werden könnten. So wie der Klub Türkis tendiert er dazu, Geldstrafen und Sozialstunden miteinzubinden. Noch dazu gibt es die Idee, dass sich die TäterInnen einer Therapie unterziehen müssen. Die Mitglieder von Klub Türkis sind außerdem der Meinung, dass

Personen die mehr in der Öffentlichkeit stehen, härter bestraft werden müssen.

Der Gelbe Klub findet, dass Personen welche aufgrund geistiger sowie physischer Erkrankungen diskriminiert werden, auch hervorgehoben werden müssen.

Die Violetten sind der Meinung, dass die TäterInnen „Schmerzensgeld“ an die jeweiligen Opfer zahlen müssen. Sie schließen sich dem Klub Türkis sehr stark an, vor allem im Bereich der Kombination von Strafen.

Klub Weiß sagt, dass der zweite Absatz des Gesetzesentwurfs komplett weggelassen werden sollte. Sie sind außerdem der Meinung, dass die TäterInnen zusätzlich zur Freiheitsstrafe Sozialstunden leisten müssen. Diese Stunden sollten unter Aufsicht abgearbeitet werden.

Jennifer und Cornelia

INTERESSANTE INTERVIEWS



DIE PARLAMETARIER_INNEN



Katharina Kucharowits



Brigitte Jank



Julian Schmid, BA



Mag. Gerald Locker



Mag. Daniela Gruber-Pruner

DIE PARLAMETARIER_INNEN IM INTERVIEW

Wir haben Herrn Julian Schmid und Frau Brigitte Jank interviewt und erfragten, was für eine Rolle sie beim Lehrlingsparlament haben. Normalerweise sind die beiden Nationalratsabgeordnete. Heute

sind Herr Abgeordneter Schmid und Frau Abgeordnete Jank für die Lehrlinge zuständig und coachen den Klub Türkis bzw. den Klub Violett. *Katharina, Anna-Katharina und Eren*

Frau Kucharowits aus dem Klub Grau hat uns über ihre Arbeit im Klub erzählt. Sie berät die Abgeordneten (Lehrlinge), was sie bei der Ausschusssitzung beachten sollen. Im Vordergrund steht für den Klub, dass die Gesetze, die sie besprechen, auch umgesetzt werden können.

Herr Gerald Locker ist im Klub Weiß und er erzählte uns, was er alles in seinem Klub macht. Die Diskussionen, die der Klub führt, sind sehr intensiv. Er meint, dass sein Klub jetzt eine gute Position gefunden hat.

Anna-Katharina

DAS PRESSEGESPRÄCH



EIN NICHT GEPLANTES ENDE

Wie die Abstimmung im zweiten Ausschuss ausging.

In der letzten Ausschusssitzung wurde diskutiert und dabei versucht, eine gemeinsame Lösung zu finden. Dabei haben mehrere Klubs einander ihre Vorschläge vorgestellt. Danach wurde eine Abstimmung durchgeführt. Mit dieser Abstimmung ergab sich leider keine Lösung, da die meisten nicht zu 100% mit den anderen Vorschlägen einverstanden waren. Man bemerkte schnell, dass sich alle im Saal anspannten und sich aus der Situation eine Debatte entwickelte. Diese schritt so weit fort, dass man sich am Ende der Sitzung zuerst auf keine Gesetzesän-

derung einigen konnte. Im anschließenden Plenum können die Klubs noch einmal darüber diskutieren und versuchen herauszufinden, woran es beinahe gescheitert ist.

Aus dieser Sitzung werden viele TeilnehmerInnen mitnehmen können, dass es nun mal nicht in jeder Diskussion ein Ende gibt, das jeder Meinung gerecht wird.

Dominik und Cedric

DER ZWEITE AUSSCHUSS

Die spannende Diskussion im zweiten Ausschuss und die unterschiedlichen Positionen der Klubs.

Klub Grau möchte bei dem Gesetzesvorschlag an Stelle des Wortes „Lehrkraft“ den Begriff „Autoritätsperson“ einführen. Die Türkisen möchten die Freiheitsstrafe um sechs Monate verlängern und eine höhere Geldstrafe einführen. Klub Grau will, dass der Richter/die Richter über das Ausmaß der Strafe entscheidet und findet es nicht notwendig, dass die Sozialstrafen im Gesetzestext verankert sind.

Es herrschte eine kurze Diskussion zwischen den Klubs aufgrund der Frage, ob der Richter/die Richter über die Strafe und deren Länge und Härte entscheiden soll. Die Klubs Violett und Gelb sind darin einer Meinung, dass die TäterInnen ein „Schmerzensgeld“ an die Opfer zahlen sollen.

Für den Entschließungsantrag wurden schließlich

verschiedene Ideen zur Abstimmung gebracht.

Im Vorschlag von Klub Türkis soll der zweite Absatz zum dritten Absatz werden.

Klub Gelb und Violett möchten die Freiheitsstrafe um zwei Jahre verlängern und den Betrag der Geldstrafe auf 270 Euro festlegen. Als nächster Punkt wurde die ursprüngliche Gesetzesvorlage abgestimmt. Diese Abstimmung ging ebenfalls negativ aus und der Ausschuss wurde unterbrochen.

Die Klubvorsitzenden der jeweiligen Klubs wurden zu Herrn Dr. Konrath, Experte der Parliamentsdirektion hervorgebeten, um über eine andere Möglichkeit für das Plenum abzustimmen. Nun liegt ein neuer Antrag vor. Außerdem wurden eine Schriftführerin und auch ein Berichterstatter gewählt. Die Ausschusssitzung wurde damit erfolgreich beendet.

Cornelia und Jennifer



DER ZWEITE AUSSCHUSS



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur zweiten Ausschusssitzung des Lehrlingsparlaments

Lehrlingsparlament: Intensive Debatte um Anpassung des Verhetzungsparagrafen

StGB-Novelle am Weg ins Plenum

Wien (PK) – Hassrede darf nicht toleriert werden – egal ob online oder offline. Darüber bestand Einigkeit bei der zweiten Ausschusssitzung des Lehrlingsparlaments. Die Vorschläge der Regierung zur Änderung des Hate-Speech-Gesetzes gingen dem Ausschuss aber nicht weit genug. Nach einer intensiven Debatte etwa über die Implementierung einer Möglichkeit, gemeinnützigen Dienst nach einer Verurteilung ableisten zu können, wurde schließlich ein klubübergreifender Abänderungsantrag einstimmig angenommen. Die Novelle des Strafgesetzbuches erhielt damit grünes Licht für das Plenum.

Wer öffentlich zu Gewalt gegen Menschen etwa aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Staatsangehörigkeit, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, Alters oder sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder aufgrund anderer besonderer Merkmale aufruft, könnte in Hinkunft eine Geldstrafe von bis zu 720 Tagessätzen oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren verbüßen müssen. Unter Verhetzung soll ferner auch Beschimpfung und Herabsetzung fallen.

Verschärft werden sollen die Strafen außerdem im Fall von Hasspostings im Internet. Der Gesetzesentwurf sieht bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe oder eine Geldstrafe bis zu 1100 Tagessätzen vor, wenn Verhetzung online erfolgt und weiterverbreitet wird. Damit könnte auch jemand, der ein Posting über Soziale Netzwerke teilt, bestraft werden. Das Hauptaugenmerk gilt dabei Personen des öffentlichen Lebens und Autoritätspersonen, da diese in der Regel mehr Menschen als Privatpersonen erreichen.

Drei eingebrachte Abänderungsanträge, mit denen etwa der Klub Türkis die Möglichkeit einer Ableistung von Sozialstunden im Gesetz berücksichtigt sehen bzw. der weiße Klub Beschimpfung nicht als Straftatbestand der Verhetzung definiert haben wollte, fanden im Lehrlingsparlament-Ausschuss keine Mehrheit. (Schluss)



AUSSCHUSSBERICHT

3 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Lehrlingsparlaments XXV. GP

Bericht

des Ausschusses des Lehrlingsparlaments

über die Gesetzesvorlage (3 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (Hate Speech-Gesetz)

In den vergangenen Jahren hat die Beschimpfung und Hetze gegen andere Menschen in besorgniserregendem Ausmaß zugenommen. Das betrifft sowohl Beschimpfungen und Hassrede im Internet als auch in öffentlichen Räumen, Betrieben oder Schulen. 2015 hat der Nationalrat daher neue Bestimmungen in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Diese sind seit 1. Jänner 2016 in Kraft. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, dass diese Regelungen nicht ausreichen. Die Bundesregierung sieht daher großen Handlungsbedarf und schlägt eine weitere Anpassung der Strafbestimmungen vor. Denn Meinungsfreiheit gilt nicht unbegrenzt: Verhetzung ist keine Meinung, sondern ein Akt der Gewalt.

Der Ausschuss des Lehrlingsparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 11. November 2016 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung stellten die Klubs ihre Positionen vor. Alle sprachen sich dafür aus, dass auch Geldstrafen und Sozialdienste vorgesehen werden sollen. Es gab unterschiedliche Ansichten darüber, ob und welche Gruppen genannt werden sollen. Vor allem der Klub Gelb regte an, die Strafbarkeit auch auf Aussagen im privaten Bereich auszudehnen.

Im zweiten Teil der Sitzung präsentierten die Klubs ihre Änderungsvorschläge.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Martin **Wegscheider**, Mathias **Dojnik**, Miriam **Ramsbacher**, Dominik **Vidaković**, Samira **Shady Sany**, Daniel **Fichtenbauer**, Claudia **Egger**, Marco **Hofer** und Michelle-Janine **Herzog** und der Ausschussobmann Mag. Martin **Peyerl**.

Die Klubs Weiß und Grau, Türkis, Gelb und Violett brachten jeweils Abänderungsanträge ein, die keine Mehrheit fanden. Ein gemeinsamer Abänderungsantrag aller Klubs wurde sodann einstimmig angenommen.

Die Gesetzesvorlage wurde um weitere besondere Merkmale und Geldstrafen ergänzt. Außerdem wurden höhere Strafen für Personen des öffentlichen Lebens oder Autoritätspersonen, die verhetzen, beschlossen. Öffentlichkeit soll bei einer Verhetzung auch schon bei einer kleinen Gruppe bestehen.

Zum Berichterstatter für das Lehrlingsparlament wurde Abgeordneter Martin **Wegscheider** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Lehrlingsparlaments somit den **Antrag**, das Lehrlingsparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2016 11 11

Martin Wegscheider
Berichterstatter

Mag. Martin Peyerl
Obmann



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Lehrlingsparlaments.

Lehrlingsparlament beschließt Strafrechtsverschärfungen gegen Hate Speech

Verhetzungsparagraf wird umfassend novelliert

Wien (PK) – Im Kampf gegen Hassrede und Verhetzung im Internet aber auch im öffentlichen Raum wurde heute vom Lehrlingsparlament eine Strafrechtsnovelle, die den Verhetzungsparagrafen entsprechend erweitert, mehrheitlich beschlossen. Auf Grundlage einer Regierungsvorlage sind die Abgeordneten nach kontroversen Ausschussdebatten etwa über alternative Strafformen wie die Möglichkeit von Sozialdiensten oder Therapien für TäterInnen letztendlich übereingekommen, die rechtlichen Maßnahmen gegen Hate Speech weitgehend zu verschärfen. Klubübergreifender Konsens bestand in der Plenarsitzung des Lehrlingsparlaments unter der Leitung von Bundesratspräsident Mario Lindner darin, dass die seit 1. Jänner 2016 geltenden Regelungen gegen Hassrede im Strafgesetz nicht ausreichen. Kernpunkte der Novellierung betreffen die Erweiterung des Personenkreises, der durch den Verhetzungsparagrafen geschützt werden soll sowie eine Erhöhung des Strafrahmens. Außerdem drohen im Fall einer Verhetzung Geldstrafen.

Konkret werden durch die Änderungen Hassrede und Beschimpfung auch im kleinen Kreis strafbar. In Zukunft reicht es aus, dass jemand gegenüber nur einer oder weniger Personen hetzt. Wer öffentlich zu Gewalt gegen Menschen beispielweise aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Staatsangehörigkeit, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, Alters oder sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder aufgrund anderer besonderer Merkmale aufruft, muss in Hinkunft eine Geldstrafe von bis zu 720 Tagessätzen oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren verbüßen. Der schützenswerte Personenkreis wurde ausgeweitet, um möglichst alle Betroffenen zu berücksichtigen.

Höhere Strafen gibt es außerdem bei Verhetzung in einem Druckwerk, im Fernsehen oder Radio sowie im Fall von Hasspostings im Internet. Zukünftig droht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe von bis zu 1100 Tagessätzen, wenn Verhetzung online erfolgt und weiterverbreitet wird. Damit fällt auch das Teilen eines Hasspostings über Soziale Netzwerke unter den Straftatbestand der Verhetzung. In den Fokus nimmt das Gesetz Personen des öffentlichen Lebens und Autoritätspersonen.

Zahlreiche im thematischen Zusammenhang stehende und darüber hinausgehende Forderungen an die Bundesregierung machten die Abgeordneten des Lehrlingsparlaments in Entschließungsanträgen geltend, von denen der Großteil mit Mehrheit angenommen wurde.

Gemeinsames Vorgehen gegen Hassrede

Bei Hassrede handle es sich um ein aktuelles Thema, das gerade in den Sozialen Netzwerken immer mehr an Präsenz gewinne, so die Bestandsaufnahme von Weiß-Abgeordneten Martin Kacirek am Beginn des Plenums. Als einen wichtigen Schritt gegen Hassrede bezeichneten Stephan Hammer vom Klub Violett sowie Ahmed Schierbauer und Martin Wegscheider vom Klub Grau die Einigung über die Strafrechtsnovelle im Lehrlingsparlament. "Wir müssen uns gegen Verhetzung vereinen", so Schierbauer. Dem Klub Türkis sei klar gewesen, dass es neue gesetzliche Maßnahmen braucht, sagte zudem Abgeordneter Fabian Winter. "Hate Speech ist ein weit verbreitetes Thema und kann überall stattfinden. Es ist wichtig, dass wir alle zusammen dagegen vorgehen", so die klare Positionierung Marina Marinkovićs von den Gelben.

Fortsetzung

Dass der Kreis der schützenswerten Personen durch die Novelle ausgeweitet wird, war besonders den Abgeordneten Samira Shady Sany vom Klub Violett, Lisette Kerschbaumer vom Klub Grau, Alexander Treumann vom Klub Gelb sowie Dominik Vidaković vom Klub Türkis ein Anliegen. Geht es um die Strafformen, sei es für den Klub Weiß wichtig gewesen, TäterInnen nicht sofort einzusperren, sondern auch alternative Strafformen anzudenken, sagte Abgeordneter Mathias Dojnik. Beschimpfung hätten die Weißen zudem aus dem Verhetzungsparagrafen herausgenommen. Dass die Möglichkeit von Sozialstunden oder Resozialisierungsmaßnahmen für TäterInnen nicht implementiert wurden, bedauerten Treumann als auch Türkis-Abgeordneter Marco Hofer. Dieser Meinung schloss sich Weiß-Abgeordneter Dominik Wachter an. Oft würden TäterInnen nicht wissen, was sie mit ihren Worten anrichten, meinte er. Hassrede könne aus seiner Sicht verhindert werden, indem Menschen ohne Vorurteile zusammengebracht werden. Dominik Braun von den Violetten begrüßte es, dass Geldstrafen nun explizit gesetzlich festgeschrieben sind. Gelb-Abgeordneter Marcello Stanojević sprach sich für eine Kombination von Geld- und Haftstrafen sowie Sozialdienst aus.

Abgeordnete setzen auf Prävention

Damit es erst gar nicht zu Verhetzung kommt, brachten die Abgeordneten des Lehrlingsparlaments eine Reihe von Entschließungsanträgen mit Präventionsvorschlägen ein. Mehrheitlich angenommen wurde so eine Idee des Klub Gelb, wonach Mobbing eine Straftat werden soll. "Außerdem wollen wir, dass Opfern Zugang zu kostenloser Beratung und Therapie gewährt wird", bekräftigte Katja Reitbauer ihr Anliegen.

Der Klub Grau konnte wiederum mit der Forderung nach einer anonymen Online-Meldestelle im Plenum punkten. Abgeordneter Gülbenk Göcer argumentierte, dass es für viele Menschen einfacher sei, sich bei der Polizei über eine Internetplattform zu melden, da viele von den Opfern Angst hätten, von den TäterInnen gesehen zu werden.

Auch zwei fraktionsübergreifende Resolutionen schafften die Stimmenmehrheit im Lehrlingsparlament. Der von Grau-Abgeordneter Claudia Egger eingebrachte Antrag von den Klubs Grau und Weiß fordert vermehrte Präventionsarbeit an Schulen. In eine ähnliche Stoßrichtung geht auch eine weitere Aufforderung an die Bundesregierung von Seiten der Türkisen, Weißen und Violetten. Die Abgeordneten sehen Handlungsbedarf in der Frühförderung beim Thema Mobbing und Hate-Speech. "Es geht um den sozialen Umgang miteinander", so Reyhan Özger vom Klub Türkis.

Keine Zustimmung erhielt ein Entschließungsantrag der Violetten gegen die negative Berichterstattung durch Medien. Diese würde oftmals Hass schüren, meinte dazu Abgeordnete Victoria Garber. Die negative Darstellung beispielsweise von Flüchtlingen in den Medien führe dazu, dass es vermehrt zu Hass komme, meinte ebenfalls Kacirek vom Klub Weiß.

In der Minderheit blieb ein weiterer Antrag vom Klub Violett, der von Hannah Prattis eingebracht wurde und Workshops an Schulen zum Thema Solidarität, Zivilcourage und Hassrede zur Sensibilisierung von SchülerInnen fordert. Abgelehnt wurde schließlich auch die von Abgeordneter Petra Kalman vorgebrachte Idee der Gelben, im Geschichtsunterricht und in der politischen Bildung an Mittelschulen im Zusammenhang mit Kriegen vor allem auch Friedensbewegungen und Friedensabkommen zu besprechen. (Schluss)





DER NEUE GESETZESTEXT

Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (Hate Speech-Gesetz)

Das Lehrlingsparlament hat beschlossen:

Änderung des Strafgesetzbuches

Das Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 154/2015 wird wie folgt geändert:

§ 283 samt Überschrift lautet:

„Verhetzung“

„§ 283. (1) Wer öffentlich zu Gewalt gegen Menschen

1. aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Staatsangehörigkeit,
2. aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung,
3. aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters oder ihrer sexuellen Orientierung,
4. mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung,
5. oder anderer besonderer Merkmale

auffordert, sie verächtlich macht, beschimpft, herabsetzt oder zu Hass gegen sie aufstachelt, ist mit Geldstrafe bis zu 720 Tagessätzen oder Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

(2) Wer diese Taten in einem Druckwerk, im Rundfunk oder über das Internet begeht oder weiterverbreitet, sodass sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich werden, ist mit Geldstrafe bis zu 1100 Tagessätzen oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen. Ebenso ist zu bestrafen, wer diese Taten als Person des öffentlichen Lebens oder als Autoritätsperson begeht.“





ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Katja Reitbauer**, Vanessa Valentin, Sarah Rustemoski (Gelb), Kolleginnen und Kollegen
betreffend **Mobbing**

Wir wollen Mobbing verhindern und auf die Situation der Opfer hinweisen, weil Mobbing psychische Probleme verursacht und das Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein zerstört. Mobbing kann überall stattfinden – im Internet, in der Schule und auch im Beruf. In manchen Fällen führt Mobbing sogar zum Selbstmord, weil Opfer keinen Ausweg mehr finden.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Änderung im Strafgesetzbuch vorzubereiten, wonach das Mobbing eine Straftat wird. Der Gesetzesvorschlag soll auch vorsehen, dass den Opfern Zugang zu kostenloser Beratung und Therapie gewährt wird.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Reyhan Özger**, Patrick Moser, Hannes Preimel, Jeroen Nes, Annika Kulpa, Pascal Tonsern (Türkis), Beyza Aksu, Clara Fend (Violett), Christian Jordan, Daniel Fichtenbauer, Florian Pichler (Weiß), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Frühförderung für einen sozialen Umgang miteinander**

Kinder von 10 bis 15 Jahren sind in einem wichtigen Alter, in dem sie sehr aufnahmefähig sind. In diesem Alter wird sehr viel gemobbt. In einem höheren Alter lässt sich dies nicht mehr umerziehen.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- dass Rollenspiele eingeführt werden, in denen man mit Konflikten konfrontiert wird und lernt, diese zu lösen,
 - Kindern Verantwortung zum Streit schlichten zu geben,
 - Workshops anzubieten, in denen sie mit dem Thema Mobbing und Hate-Speech konfrontiert werden.
- All dies soll spielerisch gestaltet sein.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Petra Kalman**, Nadine Recher, Dominik Hofmann, Marcello Stanojević, Marina Marinković, Jakob Pranzl, Michelle Raffener (Gelb), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Geschichtsunterricht und politische Bildung in der Mittelschule**

Der Geschichtsunterricht in der Mittelschule gestaltet sich oft sehr einseitig. Es werden meist nur Filme über Kriege, insbesondere über den Zweiten Weltkrieg, gezeigt, in denen man Machtkämpfe und viel Gewalt sehen kann. Darin wird gezeigt, wie Menschen gegen andere aufgehetzt wurden. Diese Bilder prägen die Schülerinnen und Schüler in unterschiedlicher Art und Weise. Einzelne davon übernehmen gesehene Handlungsweisen und üben in der Folge selbst in ähnlicher Art und Weise Gewalt und Hetze aus. Es sollte daher mehr über Friedensverhandlungen, Friedensabkommen und den Wert von Frieden im Unterricht gesprochen werden und darauf der Schwerpunkt gelegt werden. Eine geschichtliche Aufarbeitung erscheint in dieser Altersgruppe besonders wichtig.

Die Schülerinnen und Schüler sollen auch im Unterricht hinsichtlich dieser Thematik sensibilisiert werden, da allein das Strafrecht als Abschreckung nicht hinreichend ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, die im Schulrecht eine Verpflichtung vorsieht, dass im Geschichtsunterricht im Zusammenhang mit Kriegen vor allem auch auf Friedensbewegungen und Friedensabkommen eingegangen wird, um auch die positiven Aspekte aufzuzeigen und somit gegen Krieg und Hetzerei vorzubeugen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Claudia Egger**, Nina Plößnig (Grau), Lisa Stadler (Weiß), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Präventionsarbeit an Schulen**

Um junge Menschen in den im Entschließungstext angeführten Themenbereichen zu sensibilisieren, ist ein Präventionsprogramm an Schulen erforderlich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Präventionsprogramm auszuarbeiten, das durch den Einsatz von externen Expertinnen und Experten an Schulen Aufklärung zu den Themenkreisen Hass, Verhetzung, Rassismus und Nationalsozialismus sowie Zivilcourage vorsieht.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Gülbenk Göcer**, Cornelia Schultes, Marija Jovanović (Grau), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **neue Online-Lösungen bei strafbaren Handlungen**

Es ist für viele Personen einfacher, über eine Internetplattform der Polizei eine Meldung zu erstatten, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht. Viele Personen trauen sich nicht zur Polizei zu gehen und haben Angst, dass sie dabei vom Täter/der Täterin oder von anderen gesehen werden könnten.

Um die Opfer von cyber-Kriminalität möglichst schnell zu schützen, ist es auch notwendig, dass strafbare Postings auf Online-Plattformen so rasch wie möglich gelöscht und vertraulich behandelt werden, sobald der Betreiber/die Betreiberin der Plattform davon Kenntnis erlangt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres eine online-Plattform eingerichtet oder ausgebaut wird, über die Bürgerinnen und Bürger Meldungen erstatten können, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung besteht.

Weiters soll die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf ausarbeiten, der eine Verpflichtung für online-Plattform-Betreiber/innen vorsieht, bei strafbaren Postings (Hasspostings) möglichst rasch zu handeln und diese zu löschen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Victoria Garber**, Stephan Hammer, Lisa Rumpelmayer (Violett), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **negative Berichterstattung durch die Medien**

Die Medienberichterstattung ist oft sehr einseitig und auf negative Schlagzeilen konzentriert. Dies trägt zur Beunruhigung und Unzufriedenheit in der Bevölkerung bei. Das in den Medien gezeichnete Bild beeinflusst die Meinung der Bürgerinnen und Bürger und schürt Hass. Daher wäre es wichtig, immer über beide Seiten einer Situation möglichst neutral, objektiv und umfassend zu berichten und nicht nur das Negative hervorzuheben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, die darauf abzielt, der einseitigen Medienberichterstattung entgegenzuwirken.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Hannah Prattis**, Stephan Hammer, Lisa Rumpelmayer (Violett), Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Workshops an Schulen**

Künftig soll es Workshops an Schulen zum Thema Solidarität, Zivilcourage und Hassreden geben. In diesen Workshops sollen den Schülerinnen und Schülern wichtige Werte, die sie im späteren Leben – vor allem im sozialen Zusammenleben – brauchen werden, vermittelt werden. Diese Werte sollen ihnen schon im Kindes- und Jugendlichenalter vermittelt werden.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Lehrlingsparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, die vorsieht, dass in Schulen Workshops oder Veranstaltungen zu den Themen Solidarität, Zivilcourage und Hassreden regelmäßig stattfinden sollen.



DAS REPORTER_INNEN TEAM

Dieses tolle Team hat für euch recherchiert, gefilmt, interviewt und geschrieben!



Jennifer Cseh



Dominik Dorn



Cornelia Frank



Anna-Katharina Hudelist



Eren Kayir



Cedric Kirchhauer



Katharina-Julia Korn

DIE MENSCHEN HINTER DEN BERICHTEN

ReporterInnen! - Ohne sie gäbe es keine Nachrichten. In unserem Artikel erklären wir Ihnen mehr zu diesem Beruf.



Die Arbeit von ReporterInnen wird oft nicht so wahrgenommen, wie sie tatsächlich ist. Körperlich sowie auch geistig ist es sehr anstrengend und stressig. So haben Cedric und ich es heute empfunden und erlebt. Man darf an verschiedensten Orten tätig sein und ist damit Teil einer der wichtigsten Aufgaben, indem man den Menschen zum Beispiel neueste Entscheidungen und Beschlüsse der Politik näherbringt. Dies setzt voraus, dass man an den Themen, über die man berichtet, Interesse hat, aber nicht alles sofort glaubt. Außerdem sollte man so schreiben, wie man es gehört hat. Die wichtigste Aufgabe von ReporterInnen ist es also, Themen zu hinterfragen und NUR die WAHRHEIT zu schreiben. Wir sind der Meinung, dass es sicherlich einer der spannendsten und abwechslungsreichsten Berufen ist, die es gibt. Viel Spaß an alle ReporterInnen!

Cedric und Dominik